



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Jacobi, Hugo: Der genesende Reichskanzler

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Der genesende Reichskanzler

**A**ls Fürst Bülow am 5. April dieses Jahres angesichts des Reichstags zusammengebrochen war, und die Kunde davon das Vaterland durchheulte, gab es wohl keinen im öffentlichen Leben stehenden Deutschen, der nicht in jener Stunde im Geiste mit dem Reichskanzler seine politische Rechnung beglichen hätte. Es wird dem dritten Nachfolger Bismarcks einige Tage später auf dem Krankenbett eine erfreuliche Vinderung gewesen sein, zu erfahren, daß durch alle Parteien des Reichstags wie durch alle Schichten der Bevölkerung, bei denen vaterländische Erwägungen überhaupt noch Geltung haben, der eine Gedanke einhellig überwog, das Ausscheiden des Fürsten Bülow werde einen großen Verlust für das Land bedeuten. Wie oft ist in jenen Tagen von den verschiedensten Seiten her das Wort erklingen: Nur keinen Kanzlerwechsel! Je emsiger und tiefer sich die Zeitungen aller Farben in dieses Thema versenkten — das Ergebnis war wohl immer dasselbe. Die einen hatten an dem Reichskanzler dieses, die andern jenes auszusetzen, aber alle waren einig in der Schlussfolgerung, daß ein Wechsel in der Besetzung des Kanzlerpostens das Unerfreulichste sei, was Deutschland im jetzigen Augenblick begegnen könne.

Jene vielfache Prüfung des Wertes, den Fürst Bülow für Deutschland nach den verschiedensten Richtungen hin hat, eine gründliche, vorurteilslose Abschätzung dessen, was wir an ihm haben, hat die Deutschen dazu geführt, sich über die Unterschiede klar zu werden, die zwischen den einzelnen Nachfolgern Bismarcks bestehn.

Bismarck ist der einzige, der von innen in das Amt hineinwuchs, das um ihn und durch ihn sich riesengroß gestaltete; er war zugleich Staatsmann der innern wie der auswärtigen Politik gewesen, er war als Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen des führenden Staates, als Schöpfer der Reichsverfassung der gegebne Reichskanzler. Seine Nachfolger sind von außen, aus dem Heere und aus der Diplomatie, in das Amt hineingegangen und mit dem Reichskanzler zugleich unvermeidlich preußischer Ministerpräsident geworden, ohne sich mit der innern Politik Preußens und des Reiches je befaßt zu haben. Das bedingte sowohl den Parlamenten und den Parteien als auch dem Bundesrat und dem preußischen Staatsministerium gegenüber einen sehr großen Unterschied, den zu überwinden nur dem Fürsten Bülow gelungen ist. Denn das preußische Ministerpräsidium ist der Boden, aus dem die Institution des Reichskanzlers herausgewachsen ist, auf dem sie steht, in dem sie wurzelt.

Ein großes Volk kann nicht immer von gigantischen Erscheinungen, von Riesengestalten regiert werden. Die titanische Kraft ist nur da am Plage, wo

sie gebraucht wird. Als die Stunde gekommen war, das Reich zu schaffen, bedurfte Deutschland des Mannes, der gleichsam den Erdball auf seine Schultern nahm. Mehr als ein Menschenalter ist darüber hingegangen, die Zeiten sind andre geworden. Der fortschreitende innere Ausbau, bei dem von einer Generation zur andern die Auffassungen und die Bedürfnisse wechseln, die Volkszahlen, die sozialen Schichten sich ändern, die Notwendigkeit eines Existenzkampfes dank den von Bismarck gelegten Grundlagen nicht mehr unmittelbar in die tägliche Rechnung eingestellt zu werden braucht, erheischt anders beschaffne Kräfte. Wir sind in ein Zeitalter hineingewachsen, das es weniger als seine Aufgabe ansieht, Prinzipienfragen in harten und leidenschaftlichen Kämpfen auszutragen, als das Kulturleben und die innere wirtschaftliche Entwicklung der Nation durch allmähliche Überbrückung von Gegensätzen und durch ein wenn auch nur vorübergehendes Zusammenfassen der Parteien zu gemeinsamer Wirksamkeit zu fördern. Eine solche Aufgabe stellt den leitenden Staatsmann selten vor große Entschliefungen und bietet keine Gelegenheit zu heroischen Taten. Der Heroismus würde uns im Gegenteil Entscheidungen aufdrängen, bei denen alles, was vor einem Menschenalter gewonnen und seitdem mühsam aus- und aufgebaut worden ist, leicht zum Einsatz eines großen Spieles werden könnte. Bismarck hat schon vor einem Vierteljahrhundert Deutschland als „saturierten Staat“ bezeichnet. Er hatte dabei nicht einen solchen im Auge, der nur seinem politischen Verdauungsbedürfnis auf der Bärenhaut zu genügen willens ist, sondern er wollte damit aussprechen, daß Deutschland, nach außen fest umfriedet, von keinem seiner Nachbarn an irgendeiner Grenze des Reiches etwas begehre, weder nach der russischen noch nach der österreichischen, weder nach der französischen noch nach der Meeresseite hin. Unfre Nachbarn sind, sofern sie uns in Ruhe lassen, vor uns absolut sicher; es gibt kein Dorf in Europa, dessen Besitz für Deutschland erstrebenswert wäre. Ob in fernerer Zukunft die kleinern Staaten an unsern Grenzen, ob die Schweiz, die Niederlande, Dänemark in irgend ein engeres wirtschaftliches Verhältnis, aus dem sich andre Anknüpfungen ergeben könnten, zu Deutschland treten wollen, das können wir getrost einer künftigen Zeit überlassen; dem heutigen Geschlecht steht nicht zu, die Aufgaben der Enkel vorwegzunehmen. Die künftige politische Gestaltung unsers Weltteils hängt teils von großen Krisen ab, denen wir gewachsen bleiben müssen, deren Eintritt sich aber nicht ahnen und nicht voraussehen, vor allen Dingen aber nicht beschleunigen läßt; zum andern Teile von wirtschaftlichen Entwicklungen, die ihre Gesetze in sich selbst tragen. Bleibt es Tradition in unserm Staatsleben, so viel wie möglich den rechten Mann am rechten Platze zu haben, so werden künftige Stürme uns den Ereignissen ebenso gewachsen finden, wie dies in den Jahren 1866 und 1870 der Fall gewesen ist. Ebenso wird das Deutschland, das die Grundlage zu seiner Einigung im Zollverein legte, dereinst auch für weitere Bedürfnisse die Form zu finden wissen, falls die Zeit und der Anlaß dazu kommen werden. Freilich wird es dazu die Grundlagen seiner Verfassung intakt erhalten müssen, deren stärkste das Vertrauen der Bundesstaaten untereinander ist.

Der berufne Wächter dieses Vertrauens ist der Reichskanzler.

Inzwischen bleibt der innere Ausbau des deutschen Hauses die Hauptaufgabe. Wer jemals im Leben gebaut hat, weiß, daß der Bauherr nicht nur von seinen Wünschen und seinen Mitteln, sondern vom Architekten und dessen Befähigung, mehr fast noch von den Handwerkern, ihrem Können und ihrer Pflichttreue abhängt. Nicht anders ist es bei dem politischen Bau, insbesondere bei dem innern Ausbau. Die äußern Formen eines Hauses lassen sich je nach Lage und Verhältnissen mit fester Hand vorzeichnen, bei dem innern Ausbau aber, wo es auf das Zusammenwirken der wirtschaftlichen, politischen und religiösen Parteien innerhalb und außerhalb des Reichstags ankommt, wo nicht, wie beim Kriege, ein starker Wille entscheidet, sondern die Gesamtheit aller deutschen Regierungen, unter Berücksichtigung der Anschauungen und des Willens ihrer Fürsten, der Zusammensetzung ihrer Landtage und vieler anderer in Betracht kommender Einflüsse, wird es immer eine besondere Kunst bleiben, den angestrebten Zweck selbst auch nur annähernd in der gewollten Gestalt zu erreichen.

Fürst Bülow hat bei mehr als einem Anlaß gezeigt, daß er dieser Kunst gewachsen, in ihr bis zu einem gewissen Grade Meister ist. Ihm ist nicht die Aufgabe zugefallen, ehernen Trittes durch seine Zeit zu schreiten, ein Reich zu gründen, Throne umzustößen, selbständige Staatsgebilde zu zerstören, unterworfenen Gegnern den Frieden zu diktieren und eine neue Kaiserkrone vor der Welt aufzurichten, er ist nicht an einen neuen Wendepunkt in der Geschichte, an den Scheideweg großer Völkerschicksale gestellt. Aber in der internationalen Politik zeigen sich unaufhörlich neue Erscheinungen und neue Verhältnisse, und nach innen bleibt ihm immer noch die an Schwierigkeiten überreiche Pflicht, alle bei der Regierung Deutschlands mitwirkenden Kräfte, die Reichsinstanzen, den Reichstag inbegriffen, die sämtlichen Bundesregierungen, die öffentliche Meinung, kurzum alle die vielfachen Elemente, die heute für politische Entschlüsse in die Waage fallen, nicht nur unaufhörlich im Auge zu behalten, sondern ständig auf sie einzuwirken und die oft einander widerstrebenden Einflüsse auf eine für alle annehmbare, aber doch keinem direkt zuwiderlaufende Mittellinie hin zu vereinigen. Diese Aufgabe des Reichskanzlers, in dessen Hände das Wohl und Wehe Deutschlands gelegt ist, legt ihm den schwersten Dienst auf in der Beratung des Kaisers. Der Reichskanzler muß in der Politik wie in der Gesetzgebung das Wünschenswerte als Ziel festhalten und es nach Maßgabe der Erreichbarkeit fördern. Das gilt insbesondere von den an ihn herantretenden Geboten oder Wünschen des Kaisers, dessen Stellung durch die ihm zugleich obliegenden Machtbefugnisse der preussischen Krone dem obersten Reichsbeamten gegenüber recht kompliziert ist. Es sind viele Fälle denkbar, wo Fürst Bülow als preussischer Ministerpräsident aus der vollsten Überzeugung Ja und als Reichskanzler ebenso aus der vollsten Überzeugung Nein zu sagen hätte. Ihm persönlich wird die endgiltige Entscheidung erleichtert dadurch, daß er den mitbestimmenden Elementen der Gesetzgebung persönlich gegenübersteht und aus Parlament und Presse die Stärke des Fluidums erkennt, mit dem er operieren, oder das er bekämpfen soll. Anders der Souverän. Der Souverän ist selten oder nie in der Lage, aus eigener Kenntnis oder Erkenntnis das Widerspiel der Kräfte abzumessen, denen er gebieten soll, er muß sich da

auf seinen ersten Berater verlassen, und zwar in einer Weise, die diesem die uneingeschränkte Bürgschaft des vollsten Vertrauens gewährleistet. Dieses Vertrauen ist die Basis seines Handelns nicht nur, sondern seiner ganzen Stellung. Wir wissen aus Bismarcks Erinnerungen sowie auch aus vielen andern zeitgenössischen Aufzeichnungen, daß es für den ersten Kanzler des Reiches oft sehr schwer gewesen ist, vor und nach Königgrätz, vor und nach Sedan, die Zustimmung seines königlichen Herrn zu seinen Ratschlägen zu erlangen, daß es harter Kämpfe, des vermittelnden Eintretens des Kronprinzen, in mehrfach wiederholten Fällen sogar des Abschiedsgefuchs bedurfte, den Willen des Kaisers und Königs mit den Ratschlägen des Ministers in Übereinstimmung zu bringen. Ursprünglich hatte Bismarck bekanntlich gar nicht beabsichtigt, den Kanzlerposten zu übernehmen, er ist durch Savignys Ablehnung dazu gekommen. Aber dadurch, daß seine Riesengestalt an diese Stelle trat, wuchs der Kanzlerposten sofort zu einer bis dahin unbekanntem Größe und Bedeutung empor. Mit ihm selbstverständlich die des Bundes- und Reichsoberhauptes. Der deutsche Kaisertitel, der seinem ersten erlauchtem Träger anfänglich nichtsagend und inhaltleer erschien, gegen den sich die stolze Machtfülle des ruhmgekrönten preussischen Königtums aufbäumte, was war im Laufe eines einzigen Jahrzehnts aus ihm geworden! Wie glorreich überragend leuchtete er vor den Zeitgenossen an dem Tage, wo Kaiser Wilhelm sein müdes Haupt zur Ruhe legte! Aber es kann nicht unausgesprochen bleiben, daß die Bedeutung der kaiserlichen Würde wesentlich abhängig ist von der Bedeutung ihres ersten Beraters. Mit der Befähigung des Reichskanzlers und der Bedeutung seines Amtes steigt und sinkt die Kaiserkrone, wer immer ihr Träger sein möge. Es war ein schwerer Irrtum, den Caprivi in seiner ersten Kanzlerrede beging, als er die Ansicht aussprach, die durch das Ausscheiden Bismarcks entstandene Lücke werde durch den Kaiser ausgefüllt werden. Der Platz des Monarchen ist nicht in der Bresche. Ebenso ist es irrig, anzunehmen, daß ein großer Reichskanzler den Kaiser in den Schatten stelle. Mit der Größe des Reichskanzlers, mit der Größe der Aufgaben, die er sich stellt, wächst in demselben Maße die Größe des Kaisers, denn die Entscheidung, die oberste Führung auch der größten Aufgaben, steht bei ihm. Kaiser und Kanzler sind beide nicht nur Persönlichkeiten, sondern Institutionen des Reiches. Sie ergänzen einander und wachsen durch gegenseitige Beeinflussung zusammen, zwei Quellflüsse eines Riesestromes, deren einer des andern bedarf, wenn sie zur segentragenden Völkerstraße werden sollen. Kann schon eine angestammte Landesherrlichkeit, die auf mehrhundertjährige Dauer und große Traditionen zurückschaut, einen mittelmäßigen oder schlechten Minister auf die Dauer nur schwer ertragen, ohne selbst in ihrem innersten Gefüge Schaden zu leiden, um wieviel mehr ist es bei dem Haupte der Fall, das über Deutschland leuchten soll. Uhlands Ausspruch bei der Beratung der Frankfurter Reichsverfassung, „daß der deutsche Kaiser mit einem Tropfen demokratischen Öles gesalbt sein müsse“, ist zu einem prophetischen Wort geworden. Der spätere erste deutsche Kaiser bemerkte damals, „daß man sich einen Tropfen wohl gefallen lassen könne, in der Frankfurter Verfassung sei jedoch ein ganzer Eimer davon enthalten“. Aber Kaiser Wilhelm der Erste hat einen sehr großen Teil jenes demokratischen Öles, das ihm im Jahre 1849

widerstrebte, später als Kaiser über sich ergehen lassen und ergehen lassen können, weil vor dem im Feldlager aufgerichteten Kaiserthron die Riesengestalt seines Reichskanzlers stand, dessen eiserne Hand um das königliche Haupt eine Strahlenkrone gewunden hatte, so reich, daß sie durch keine, wie immer geartete Verfassungsbestimmung verdunkelt werden konnte. Damit unsre demokratische Reichsverfassung erträglich und lebensfähig werde, ist vor allen Dingen ein starker Reichskanzler nötig, der nicht nur zwischen den fünf und zwanzig Einzelstaaten und dem Reichsoberhaupt, auch zwischen diesem und dem Reichstag erfolgreich steht, sondern der dem Könige von Preußen die Entschlüsse des Kaisers zu erleichtern und ebenso den schnell vorwärts stürmenden Reichswagen an Preußens konservative Schwerkraft zu binden vermag. Bismarck hat es als die Ursache seiner Erfolge bezeichnet, daß es ihm gelungen sei, den König und das preußische Heer in den Dienst des nationalen Gedankens zu stellen, einen Dienst, dem beide in den Jahren 1848/49 energisch widerstrebt hatten. Aber um so mehr sah er als die Pflicht des Reichskanzlers an, darüber zu wachen, daß beiden dieser Dienst möglich bleibe.

Unter den drei Nachfolgern des Fürsten Bismarck ist der jetzige Reichskanzler sein erster und bedeutendster Erbe geworden dadurch, daß er nicht nur der Träger dieses Titels, sondern in Wirklichkeit Reichskanzler ist und dem Reichskanzlerposten seinen Inhalt wieder zurückgegeben hat, der unter seinen beiden Vorgängern zum großen Teil verloren gegangen war. Mit dem Fürsten Bülow ist „der Reichskanzler“ wieder in die entscheidende Bedeutung gerückt, die ihm verfassungsmäßig zukommt, und die für Deutschland notwendig ist, wenn das Reich bestehen und die Kaiserwürde nicht Gefahr laufen soll.

Das zu erreichen, ist dem Fürsten Bülow nicht leicht geworden. Er wurde aus dem diplomatischen Frontdienst nach Berlin berufen nach langer Abwesenheit vom Vaterlande. Unsern politischen Parteien und ihrem gesamten innern Getriebe war er fremd, an der Gesetzgebung und der Verwaltung des Reichs und Preußens hatte er noch keinen Anteil genommen. Aber dies sicherte ihm einen gewissen Vorzug der Unbefangenenheit. Er trat in das höchste politische Amt des Reiches ohne Vorurteile und ohne jede Gegnerschaft. Er kam aus Ländern, Rumänien und Italien, in denen er ein gewissenhafter Beobachter des dortigen politischen Lebens und des parlamentarischen Wesens gewesen war. In Rumänien hat das Königtum Karls verstanden, sich ungeachtet einer urdemokratischen Verfassung durchzusetzen und sich allen feindlichen innern und auswärtigen Einflüssen gegenüber glorreich zu behaupten. Gewissenhafte Pflichttreue des Monarchen, der sich im Kriege als Feldherr, im Frieden als weiser, umsichtiger und vorausschauender Staatsmann bewährt hat, hat dort der Krone einen Platz hoch über allen Parteikämpfen gewonnen und siegreich behauptet; der König erfreut sich der höchsten Achtung des Landes nicht nur, sondern des gesamten Europas. Nicht viel anders war es in dem Italien Umberto's. König Umberto war kein Genie, hatte auch nicht die starke Initiative seines Vaters, aber er war ein tapferer, furchtloser, auf den Schlachtfeldern wie den Seuchen gegenüber bewährter König, zuverlässig in allen seinen Beziehungen. Italien war unter seiner Regierung — abgesehen von der verunglückten abessinischen Expedition — ohne die nervöse unbefriedigte

Unruhe, die es gegenwärtig seit einer Reihe von Jahren bekundet. Der König hatte in der Anlehnung an Deutschland und an der Herzlichkeit des Verhältnisses zum Berliner Hofe die vollen Bürgschaften für Italiens nationale Integrität gefunden und betrachtete den Dreibund nicht nur als einen deckenden Schirm für sich und sein Land, sondern als ein Bundesverhältnis, worin auch er jederzeit voll zu leisten bereit war, was die Verhältnisse von ihm beanspruchen könnten. In beiden Ländern mit ihrem hochentwickelten Parlamentswesen hatte der Gesandte und Botschafter von Bülow erfahren, wie sich bei einiger Staatsklugheit mit Parlamenten regieren lasse, und es ist ihm tatsächlich nicht so schwer gefallen, das, was er dort in der Theorie gelernt, in der deutschen Praxis zur Anwendung zu bringen. Zu den starken Mitteln seines großen Vorgängers zu greifen, waren Zeiten und Persönlichkeiten nicht angetan. Die Grundübel des deutschen parlamentarischen Wesens, wie sie teils in der konfessionellen Spaltung, teils in der Anwesenheit fremdsprachiger Bevölkerungsteile, in den Traditionen der Bewegung von 1848, in einem Rest von partikularistischen und in einer großen Summe wirtschaftlicher Gegensätze wurzeln, hat er bisher so wenig wie Bismarck zu überwinden vermocht, aber es ist ihm doch immerhin gelungen, in großen Augenblicken und für ernste Fragen eine feste Majorität um sich zu vereinigen, denn mit Ausnahme der Sozialdemokratie ist keine Partei vorhanden, die ihn grundsätzlich, kein Gegner, der ihn persönlich bekämpft. Wohl aber hat ihm die Herzlichkeit seines Wesens, eine lebenswürdige und liberale Zugänglichkeit viele Freunde erworben.

Ein wohl noch größerer Aufwand von Geschicklichkeit als dem Reichstage gegenüber war in der Beratung des Reichsoberhauptes notwendig. Als der Botschafter von Bülow nach Berlin kam, im Sommer 1897, regierte Kaiser Wilhelm der Zweite schon neun Jahre, die nicht ohne tiefere Eindrücke und Erfahrungen an ihm vorübergegangen waren. Er war nicht mehr ein Anfänger im Königsamt. Der neue Staatssekretär mußte sich nicht nur in Wesen und Art dieses Monarchen einleben, sondern mußte auch mit dem Fürsten Hohenlohe rechnen, der ihm schon auf der Pariser Botschaft ein wohlwollender Vorgesetzter war, mit seiner Person sehr wenig hervortrat, aber doch zu allen Fragen, zu denen der auswärtigen Politik aus alter diplomatischer Neigung, um seiner verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit willen Stellung nahm. In diesem Wechselspiel zwischen einem jungen Monarchen und einem hochbetagten, im Parlament ziemlich einflußlosen Reichskanzler hatte sich der neue Staatssekretär seine Stellung zu schaffen. Es war ihm das in einer Weise gelungen, daß, als er selbst drei Jahre später der Nachfolger des Fürsten Hohenlohe wurde, seine Ernennung fast allseitig mit Beifall und mit einer gewissen Zuversicht begrüßt wurde. Fürst Bülow machte es sich damals zu der ersten Aufgabe, die unnötigen politischen Gegensätze aus unserm öffentlichen Leben auszumerzen, die Verstimmungen gegenüber der Krone zu beseitigen, die bei der großen Anhängererschaft des Fürsten Bismarck, angesehenen Männern von ausgesprochen nationaler Gesinnung, in den landwirtschaftlichen Kreisen Deutschlands auf Grund der Handelsverträge von 1894, bei den Konservativen in Preußen auf Grund der Behandlung der Kanalfrage bestanden. Das alles ist ihm gelungen. Die Wege, die er zu diesen Zielen

eingeschlagen hat, unterstehn selbstverständlich der Kritik, nicht zum wenigsten seiner eignen. Ein anderer hätte vielleicht manches anders gemacht; ob besser, ist eine Frage für sich. In der Politik entscheidet der Erfolg, und diesen Erfolg darf Fürst Bülow voll für sich in Anspruch nehmen. Eine vorurteilslose Kritik kann nicht außer Auge lassen, daß bei der Beseitigung von Verstimmungen der Vermittelnde immer mit beiden Teilen zu rechnen hat, und es mag für heute dahingestellt bleiben, ob der Widerstand, den der Kanzler beseitigen mußte, bei der Krone oder bei den Parteien der stärkere war. Denn der neue Reichskanzler konnte nicht nur darauf ausgehn, der Krone jene konservativen und nationalen Kreise zurückzugewinnen und sich in ihrem Vertrauen festzusetzen. Um Wirkungen zu erreichen, mußte er vor allen Dingen das Vertrauen des Monarchen selbst erlangen und sich darin behaupten. Das war sicherlich die viel schwierigere Aufgabe, obendrein wenn sie erreicht werden mußte, ohne daß sich dabei der Reichskanzler als solcher zu viel vergab.

Fürst Bülow war sich im Hinblick auf seine beiden unmittelbaren Vorgänger darüber klar, daß der Reichskanzlerposten eine starke Persönlichkeit erheische. Nicht eine solche, wie sie von mancher Seite verlangt wird, die bei jeder Gelegenheit mit der Faust auf den Tisch schlägt, wohl aber eine Persönlichkeit, die viel Autorität hat oder doch erwirbt, damit sie der Krone gegenüber ihre Ratschläge, im Bundesrat, im preußischen Staatsministerium und in den Parlamenten ihre Ansichten mit Erfolg durchsetzen kann. Dazu gehört notwendig die Überzeugung dieser Kreise, daß der Reichskanzler nichts unnötiges verlangt, nichts unter dem Eindruck von Zufälligkeiten oder Launen begehrt, sondern daß er nach wohlüberlegten Plänen, nach klaren und bestimmten Grundsätzen, mit festem Blick in die Zukunft handelt, und daß er die hinreichende Widerstandskraft hat, Dinge, die seiner Überzeugung und seinem Pflichtbewußtsein widersprechen, abzulehnen, gleichviel, ob es sich um Wünsche der Krone, der Einzelstaaten oder der Parteien handelt. Nach dem Tode des Fürsten Hohenlohe ist ebenso wie bei seinem Rücktritt anerkannt worden, daß seine besten Leistungen darin bestanden hätten, Dinge zu verhindern, die dem Deutschen Reiche zum Nachteil gereicht haben würden. Erfahrung und Altersweisheit verliehen in dieser Beziehung dem hochbetagten Reichskanzler auch dem Kaiser gegenüber eine Autorität, die er an sich wohl nicht gehabt haben würde. Dem Fürsten Bülow ist bei seiner Erkrankung die Anerkennung zuteil geworden, daß ein wesentlicher Teil seiner Arbeitskraft, deren Überspannung ihn auf das Krankenlager geworfen hat, durch solche Arbeit in Anspruch genommen werde, bei der es sich um Verhinderung von Schritten und Maßnahmen handle, die als nachteilig für Deutschland anzusehen er sich verpflichtet halte.

Ein leitender Staatsmann muß mit allen Einzelheiten der Lage, in der er sich befindet, und der er dienen soll, rechnen. Es wird dabei zunächst immer die Person des Monarchen in Betracht kommen, die nach Maßgabe ihrer Neigungen und Anschauungen, ihres Temperaments, vor allem ihrer verfassungsmäßigen Befugnis, für den Reichskanzler hauptsächlich maßgebend ist. In der Politik eines Staates gibt es augenblickliche und bleibende Interessen. Es muß darauf gesehen werden, daß die bleibenden nicht zugunsten der augenblicklichen geschädigt werden, andererseits ist zu erwägen, wieweit den Bedürfnissen des

Augenblicks doch nachgegeben werden kann oder muß, ohne daß ein bleibendes Interesse berührt wird. Es gehört viel Klugheit und viel Selbstverleugnung dazu, da den rechten Weg zu finden, oft mit schnellem, von der Minute abhängigem Entschluß. Sicherlich gehört mehr Entschlußkraft dazu, einen in greifbarer Nähe winkenden Scheinerfolg abzulehnen, um die Zukunft nicht zu schädigen, als um des augenblicklichen Beifalls willen Interessen preiszugeben, die niemals oder nur mit großen Opfern wieder zurückgewonnen werden können, auch wenn sich eine starke populäre Strömung dafür ausspricht. Stark impulsive Naturen werden oft leichter geneigt sein, mit schnellem Entschluß nach augenblicklichen, leicht erreichbaren Lorbeeren zu greifen, während der sorgfältig abwägende Monarch oder Staatsmann immer sein *et après?* an den Rand schreiben wird.

Fürst Bülow darf, wenn er nach Wiedergewinnung der Kräfte seine Geschäfte im ganzen Umfange aufnimmt, es in dem Bewußtsein tun, daß er in der Nation ein hohes Vertrauen und reiches Verständnis gewonnen hat. Es ist ihm das im Reichstage von den verschiedenen Parteien ausdrücklich bezeugt worden. Er darf daraufhin schon etwas wagen. Dies gilt für die auswärtige wie für das Gebiet der innern Politik. Einem andern Reichskanzler würde es vielleicht kaum möglich gewesen sein, dem Gedanken einer Entschädigung der Reichstagsabgeordneten bei der preußischen Krone, bei den deutschen Fürsten, im preußischen Staatsministerium und im Bundesrat Eingang zu verschaffen und nach Überwindung vieler Widerstände zur Annahme zu bringen, wie dies dem Fürsten Bülow allerdings unter Einsetzung seiner ganzen persönlichen Autorität gelungen ist. Man darf es ohne Bedenken aussprechen, daß Krone und Fürsten, Bundesrat und preußisches Staatsministerium die Vorlage nicht dem Reichstage, sondern dem Reichskanzler bewilligt haben. Auch der Widerstand der konservativen Kreise in dieser Frage würde wahrscheinlich jedem andern Reichskanzler gegenüber viel größer und hartnäckiger gewesen sein. In diesem Zusammenhange ist auch noch ein Wort darüber zu sagen, daß Fürst Bülow den vielfachen Anregungen aus konservativen Kreisen, und nicht nur aus diesen, den Kampf gegen die Sozialdemokratie weniger auf der Parlamentstribüne als durch die Gesetzgebung und die Verwaltung, im praktischen Leben, zu führen, keine Folge gegeben hat. Initiativanträge in dieser Richtung, die sehr nahe gelegen hätten, und zu denen reichlich Anlaß gegeben war, sind im Reichstage nicht eingebracht worden. Die Regierungen ihrerseits waren sich wohl darüber klar, zumal nach der Behandlung der Arbeitswilligenvorlage, des letzten gesetzgeberischen Versuchs dieser Art, daß ein neuer Schritt auf diesem Gebiete bei der Zusammensetzung des Reichstags keine Aussicht auf Erfolg habe. Ebenso daß es ohne Grundlage besondrer politischer Vorgänge auch nicht möglich sei, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen unter der Parole der Bekämpfung der Sozialdemokratie zu veranlassen. Es war für Deutschland ein verhängnisvoller Tag, als im Jahre 1890 das Sozialistengesetz fiel, es würde als dauernde Einrichtung für das Vaterland noch lange von großem Segen gewesen sein, an allen, die damals den Fall des Gesetzes direkt oder indirekt herbeigeführt haben, haftet eine große Verantwortlichkeit. Aber auch hier bringt keine

Ewigkeit zurück, was man dem Augenblicke ausgeschlagen hat. Ein solches Gesetz, wenn es einmal da war, konnte in perpetuum konserviert werden. Ist es einmal abgeschafft, so ist es unwiederbringlich verloren, es sei denn, daß große Notstände zu Maßnahmen ähnlicher Art führen. Es gehört nun ein starker Glaube dazu, der Hoffnung Raum zu geben, daß die Diäten zu einer solchen Umgestaltung des Reichstags führen werden, die entweder auf den Rückgang der Sozialdemokratie im Hause stark einwirkt oder gesetzgeberische Maßnahmen gegen sie ermöglicht. Wie jede Hochflut wird ohne Zweifel auch die sozialdemokratische einmal verlaufen, freilich nicht, ohne viel unwiederbringlichen Schaden zurückzulassen. Aufgabe einer weisen Politik wird es somit immer bleiben, diesen so weit aus seinen Ufern getretenen Strom mit allen zulässigen Mitteln, die Aussicht auf Erfolg bieten, wieder in den Lauf einzudämmen, der dem berechtigten Kern der sozialen Bewegung entspricht, und der in unsrer fast bis ins Unendliche ausgedehnten sozialpolitischen Gesetzgebung längst seine Richtung erhalten hat.

Fürst Bülow's Erkrankung hat ihm deutlicher, als es vielleicht so bald bei einem andern Anlaß möglich gewesen wäre, gezeigt, daß er über einen großen Schatz von Vertrauen in der Nation verfügt, bei den Fürsten, den Regierungen und vor allen Dingen im Reichstage, ganz abgesehen von dem Vertrauen des Kaisers, über das er selbst wohl der beste Richter ist. Er wird daraus um so mehr den Entschluß geschöpft haben, die wiedergewonnene Vollkraft weiter dafür einzusetzen, den Reichskanzlerposten mit dem Geiste seines Schöpfers zu erfüllen: der verantwortliche politische Führer unsers Volkes zu sein. Fürst Bülow ist sicher, daß die Nation aufatmen wird, wenn sie ihn erst wieder in voller Gesundheit auf seinem Stuhl im Reichstage sieht, und wenn die auf allen Lippen schwebende Frage: Wer leitet? ihre endgiltige und befriedigende Antwort gefunden haben wird. Er ist der Staatsmann, der mit diesem kostbaren Pfunde zu wuchern weiß.

Hugo Jacobi



## Menschenfrühling

Von Charlotte Niese

(Fortsetzung)

9



ar das dieselbe Stadt mit den roten Dächern, den kleinen Häusern und den holprigen Straßen? War sie immer so klein gewesen, und das Schloß dort oben so unansehnlich und schlecht gehalten?

Die Dämmerung des Sommersonntags schlich schon durch die Gassen. Die Leute saßen vor der Tür und erzählten sich etwas, und Doktor Sudeck rief den herrschaftlichen Wagen an, daß er bei ihm anhielte. Wenn Anneli darin wäre, sollte sie vorläufig nicht auf das Schloß, sondern bei Sudecks im Hause bleiben.

Bei Sudecks! Anneli konnte sich kaum besinnen, da saß sie schon in Christels Wiebelstübchen, ihr Koffer wurde die Treppen hinaufgebracht, und Casar schnüffelte auf dem Hausboden umher. Er war halb Fedel, halb Mattenfänger, daher hatte